



Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

111 | 19.11.2024

Liebe Leserin, lieber Leser,

Gewalt ist leider Alltag, und Gewalt nimmt leider zu – auch in unserer Gesellschaft und auch in unserer Stadt. Der Orange Day ist alljährlich Anlass, auf die Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen. Gewalt gegen jüdische Menschen und Einrichtungen standen im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde der letzten Ratsversammlung.

Wie wichtig Maßnahmen sind, Gewalt vorzubeugen und Folgen von Gewalt abzumildern, demonstrieren wir mit verschiedenen Anträgen zum städtischen Haushalt 2025/2026.

Eine interessante Lektüre wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Orange Day

Am Montag war der sogenannte Orange Day, der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt an Frauen. An diesem Tag wird auf die Gewalt aufmerksam gemacht, die Frauen und Mädchen widerfährt. Welch schwerwiegendes Problem dies ist, darauf hatten vor einem halben Jahr Bundesinnen- und Bundesfamilienministerium aufmerksam gemacht: Danach sind 2023 250.000 Menschen – ganz

Eine Stadt für alle.





überwiegend Mädchen und Frauen – Opfer häuslicher Gewalt geworden; die Zahl ist um 6,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Dieser Anstieg steht im Gegensatz zu den immer noch defizitären Schutzangeboten für Betroffene häuslicher Gewalt. Aus diesem Grund haben wir erneut zum Haushalt 2025/2026 einen gleichstellungspolitischen Schwerpunkt auf diesen Schutz gelegt und zusätzliche Mittel für die Frauenhäuser bereitgestellt. Den Bedarf an zusätzlichen Plätzen in Frauenhäusern und für sonstige Hilfs- und Schutzangebote können allerdings auch wir damit nicht gänzlich befriedigen. Es bleibt deshalb zuvörderst unser aller Aufgabe, Frauen vor Gewalt zu schützen, bei Gewalt gegen Frauen einzuschreiten und den Betroffenen unsere Hilfe zuteilwerden zu lassen.

Aus der Ratsversammlung

Anlässlich antisemitischer Vorfälle auf einer Demonstration vor zwei Wochen vor Hannovers Landtag befasste der Rat sich in seiner Sitzung am 21. November in einer Aktuellen Stunde mit der Frage „Judenhass in Hannover – welche Konsequenzen muss es geben?“.

Unsere kulturpolitische Sprecherin Belgin Zaman führte für unsere Fraktion dazu aus, dass Antisemitismus seit dem 7. Oktober letzten Jahres um mehr als 80 Prozent zugenommen und erschreckende Formen angenommen habe: Aufrufe zu Hass, Morddrohungen, massive Übergriffe seien an der Tagesordnung – vor allem von Rechtsaußen, aber leider auch aus der migrantischen Community. Der Polizeischutz für jüdische Einrichtungen sei seit Jahren trauriger Alltag. All das führe dazu, dass sich Menschen in unserem Land – erneut – fragten, ob sie hier noch sicher seien und deshalb auf gepackten Koffern säßen. Das, so Zaman, „wollen wir nicht mehr! Nie mehr!“

Der Rat habe sich immer wieder für jüdisches Leben in Hannover eingesetzt und sich zu den jüdischen Menschen in unserer Stadt bekannt. Zuletzt habe der Rat in das Zeitzentrum Zivilcourage, in Bildung und Projekte zur Demokratiestärkung investiert, die Jugendarbeit massiv gestärkt und Vereine und Verbände unterstützt, in denen Begegnung zwischen Menschen stattfindet.

Das baue Vorurteile ab und stärke das Zusammenleben und den respektvollen Umgang miteinander in unserer Stadt. All das könne auch ein wenig mehr Sicherheit schaffen. Mehr Sicherheit – das sei zwar vor allem Aufgabe der Polizei, die gute Arbeit leiste, aber auch unser aller Aufgabe. Deshalb müssten wir alle klar Position zu beziehen, uns klar gegen Antisemitismus artikulieren und einschreiten, wenn Antisemitismus in Wort und Tat geschehe.

Zaman schloss unter Beifall mit dem Appell: „In unserer Stadt ist kein Platz für Antisemitismus. Wo

gegen jüdische Menschen und gegen jüdisches Leben gehetzt wird, wo Judenhass in die Tat umgesetzt wird – da stellen wir uns dem entgegen: in unserem *politischen* Reden und Handeln, vor allem aber auch in unserem *alltäglichen* Handeln!“

Mehr Geld für Jugendhilfe und Sozialarbeit

Vor wenigen Wochen wurde bekannt, dass die Verwaltung plane, mit dem Haushalt 2025/2026 zusätzliche Mittel von 600.000 Euro an Zuwendungsempfänger auszuschütten. Diese Mittel sollten für eine pauschale Erhöhung der Zuwendungen um 1,5 Prozent verwendet werden, was bei den Empfängern zu einer Entlastung in einem niedrigen zweistelligen Bereich geführt hätte.

Stattdessen haben wir nun [beantragt](#), diese Mittel zielgerichtet einzusetzen. So sollen für die offene Kinder- und Jugendarbeit weitere 250.000 Euro sowie für die Jugendsozialarbeit und für die Straßensozialarbeit jeweils 125.000 Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Die restlichen 100.000 Euro werden verwendet, um einige der vorgesehenen Kürzungen zurückzunehmen. So soll von Kürzungen beim Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte ebenso abgesehen werden wie beim Projekt Ausbildungspaten des Freiwilligenzentrums. Auch die Zuwendungen an das Medienhaus Hannover, an das Neue Ensemble und an die artothek werden unangetastet bleiben. Auf diese Weise soll die Förderung für das ehrenamtliche Engagement in der Integrationsarbeit einerseits und bei ausgewählten innovativen Kulturprojekten andererseits erhalten bleiben.

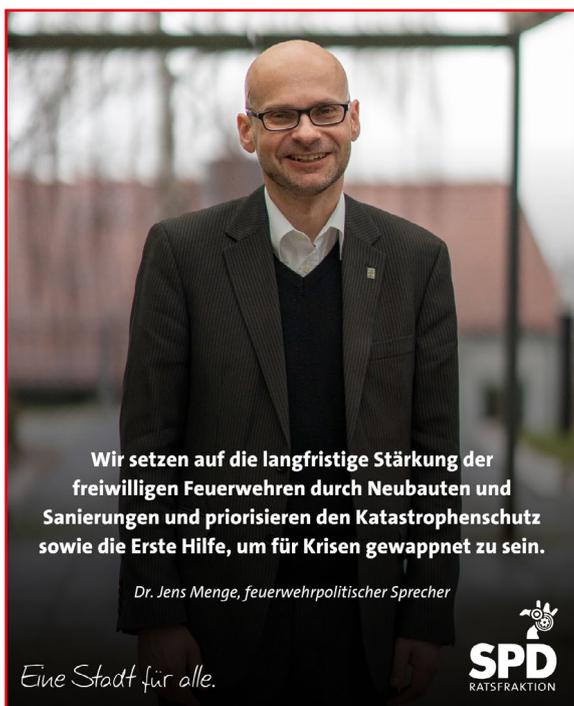
Sicherheit für die Menschen in unserer Stadt

Das Hochwasser vor knapp einem Jahr wie auch die anhaltende Bedrohungslage angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine zeigen die Bedeutung eines funktionierenden Katastrophenschutzes, der Rettungsdienste und der Freiwilligen Feuerwehren. Um diese lebenswichtigen Aufgaben zu sichern,

haben wir vorgestern im Finanzausschuss die Verwaltung beauftragt, einerseits einen [Masterplan für die Feuerwehr-Infrastruktur](#) und andererseits ein umfassendes [Erste-Hilfe-Konzept](#) für Hannover aufzulegen. Zugleich haben wir die [Zuwendungen](#) für die Rettungsdienste und den Katastrophenschutz erhöht. Das alles soll auch das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung stärken, das in den letzten zwei Jahren zurückgegangen ist.

Um die Erarbeitung eines [Awarenesskonzeptes](#), das wir außerhalb des Haushalts in Auftrag gegeben haben, abzusichern, stellen wir auch dem [Kommunalen Präventionsrat](#) zusätzliche Mittel zur Verfügung.

Um die zusätzlichen Mittel, die wir für die Jugend-, Bildungs- und Sozialarbeit in unserer Stadt bereitstellen,



Posting vom 27. November

auszugleichen, wollen wir die [Gewinnabführung der Sparkasse](#) erhöhen und höhere [Einnahmen](#) aus Geschwindigkeitsverstößen durch zusätzliche „Blitzer“ erzielen.

Evaluieren lassen wir die [Beherbergungssteuer](#), die zum Beginn dieses Jahres in Hannover eingeführt worden ist. Wir versprechen uns davon Verbesserungen in der Handhabung dieser Steuer und gegebenenfalls notwendige Nachsteuerung bei Problemfällen, die zur Einführung der sogenannten Bettensteuer noch nicht absehbar waren.

Stärkung des Wirtschafts- und Tourismusstandortes Hannover

Bereits vor drei Wochen haben unsere wirtschaftspolitischen Haushaltsanträge den zuständigen Ausschuss passiert. Unser Schwerpunkt liegt hier auf der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hannover, unter anderem durch höhere Zuwendungen an die [Standortgemeinschaften](#) wie auch an die [City-Gemeinschaft](#) bei der Einführung eines Innenstadtmanagements. Damit wird der Zusammenhalt in den Stadtteilen gestärkt und die lokale Ökonomie gefördert.

Um den Tourismusstandort Hannover auszubauen, haben wir ein gesamtstädtisches [Tourismuskonzept](#) in Auftrag gegeben. Zusätzlich haben wir Mittel für den Ausbau des [Wohnmobilstellplatzes](#) an den Herrenhäuser Gärten bereitgestellt und die Zuwendungen für das [Maschseefest](#) erhöht, das als größtes Stadtfest Norddeutschlands gilt.



Postings vom 8. und 11. November

Förderung des Breitensports

Unser sportpolitischer Akzent liegt auf der Stärkung des Breitensports und der Unterstützung der Sportvereine. Deshalb haben wir die Mittel für die Beschaffung von [Sportgeräten](#), für die [Sportplatzpflege](#) und für den Sportstättenbau erhöht. Zugleich wollen wir die [Kooperation und Fusion](#) von Sportvereinen vorantreiben, die der [Stadt-sportbund](#) koordiniert.

Bei den Sportstätten steht für uns der Neubau des [Stöckener Bades](#) an vorderster Stelle. Dass vor allem Kinder schwimmen lernen, unterstützen wir einerseits durch die Forderung, die Landeshauptstadt möge der [Schwimmoffensive](#) der Region Hannover beitreten, und andererseits durch eine höhere [Zuschüsse](#) an die vereinsbetriebenen Bäder.



Konkrete Investitionen sehen wir für die Sanierung des [Arminia-Stadions](#), für die Sanierung der [OSV-Tribüne](#) und für den [Hockeyplatz von 78](#) vor. Der Einrichtung einer zusätzlichen [Trainingseisfläche](#) am Pferdeturm soll demnächst eine [Machbarkeitsstudie](#) für einen Neubau des Eisstadions dort folgen.

Unterstützung der Bezirksräte und Verschlankung von Verwaltungsstrukturen

Um die ehrenamtliche Kommunalpolitik vor Ort zu stärken und die Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Ehrenamt, Beruf und Familie zu verbessern, wollen wir es den Bezirksräten ermöglichen, hybrid zu tagen, also mittels Videokonferenztechnik. Entsprechende [Investitionsmittel](#) haben wir am 11. November im Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung bereitgestellt.

Zugleich wollen wir Verwaltungsstrukturen verschlanken, indem wir einerseits [Doppelstrukturen](#) in Stadt- und Regionsverwaltung abbauen lassen und andererseits [Personalstellen](#) in Bereichen abbauen, die in den vergangenen Jahren stark angewachsen waren.

Beschlossen haben wir vorgestern in der nachfolgenden Sitzung dieses Fachausschusses wie auch im Finanzausschuss den Ausbau insbesondere des digitalen Bürgerservices, der einen wesentlichen Bestandteil der [IT-Strategie 20>>](#) der Stadtverwaltung darstellt. Für deren Umsetzung sind für die nächsten fünf Jahre 48 Millionen Euro vorgesehen.

Ausbau und Unterstützung sozialer Netzwerke

Der Kampf gegen Einsamkeit bzw. die Vereinsamung vor allem älterer Menschen steht im Mittelpunkt unserer sozialpolitischen Haushaltsanträge, die am 13. November beschlossen worden sind. Dafür haben wir die Mittel einerseits für die Bildung von [Quartierszentren](#) erhöht und andererseits für verschiedene Einrichtungen bzw. Projekte erhöht, etwa für den [Partnerbesuchsdienst](#) der Diakonie, das Projekt „[Mittendrin älter werden](#)“ der Arbeiterwohlfahrt oder die [Demenzberatung](#). Auch für die [digitale Teilhabe](#) älterer Menschen haben wir zusätzliche Gelder bereitgestellt. Um den dringend erforderlichen [Neubau des Willy-Platz-Heims](#) in Bothfeld voranzubringen, haben wir Planungskosten in umfangreicher Höhe beschlossen.



Postings vom 11. und 13. November



Gezielt gefördert wird zudem die Nachbarschaftsarbeit in verschiedenen Stadtteilen, darunter der NachbarschaftsDienstLaden ([NaDiLa](#)) im Sahlkamp, der Nachbarschaftstreff [SchMitt](#) in Mittelfeld und der [Stadtteilladen Stöcken](#).

Auch die gezielte Stärkung der Obdachlosen- und Suchthilfe führen wir fort, insbesondere durch die Unterstützung von Institutionen, die tagtäglich vor Ort mit den Betroffenen arbeiten und ihnen niederschweligen Zugang zu Hilfsangeboten bieten und Perspektiven aufzeigen, Dabei setzen wir auf Projekte wie „[La Strada](#)“ von Phoenix e.V., welches Frauen in prekären Lebenssituationen unterstützt, oder die pflegerische Versorgung suchtkranker Obdachloser in der Innenstadt durch den Verein [Sida](#). Der [Kältebus](#) und das [Kontaktcafé](#) der Caritas spielen eine unverzichtbare Rolle in der Versorgung wohnungsloser Menschen wie der Verein [Neues Land](#) mit seiner Fachstelle für Suchthilfe und -prävention. Zusätzlich sehen wir die Ausweitung der [aufsuchenden Sozialarbeit](#) in belasteten Stadtteilen wie Vahrenheide vor, um vor Ort Hilfsangebote zu ermöglichen und niemanden zurück zu lassen“.



Posting vom 7. November

Gezielte Förderung in Schule und Bildung

Um Kindern und Jugendlichen in Hannover die Schlüsselkompetenzen für ihren individuellen Bildungserfolg mitzugeben, haben wir zum Haushalt im Bereich Schule und Bildung umfangreiche Mittel für den [Spracherwerb](#) und für die [Leseförderung](#) an Grundschulen beantragt. An einer geeigneten Ganztagsgrundschule soll zudem im Rahmen eines Pilotprojektes das Konzept der [Familienzentren](#) angewandt werden.

Stärken wollen wir Schulen, die über den städtischen [Sozialindex](#) identifiziert werden und die mit den zusätzlichen Geldern zusätzliche Angebote zur Gewaltprävention, Lernförderung, Berufsorientierung sowie interkultureller Arbeit schaffen können. Ausgeweitet werden die Programme für [Demokratiebildung](#) für alle Kinder und Jugendlichen an weiterführenden Schulen, die außerdem um ein [Angebot](#) mit dem Präventionsteam der Polizei ergänzt werden sollen.

Stärkung von Familienzentren und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen

Nachdem mehrere Jahre die Förderungen der nicht-städtischen [Familienzentren](#) stagnierten, haben wir nun die deutliche Anhebung dieser Zuwendungen beschlossen. Deutlich mehr Gelder stellen wir auch für die [offene Kinder- und Jugendarbeit](#) allgemein bereit, unter anderem indem wir ihre Zuschüsse pauschal um drei Prozent erhöhen. Zugleich fördern wir mit dem [Jugendzentrum Salem](#) in Ahlem und dem [NaDu-Kinderhaus](#) im Sahlkamp zwei Projekte, die besonderer Unterstützung bedürfen.



Für die Ausweitung des [Mitternachtssports](#), ein Angebot für Jugendliche, sich auszuprobieren und sich auszupeinern, stellen wir ebenso zusätzliche Mittel bereit wie für den Verein [BAF](#) für dessen sozialen Trainingskurse für straffällige Jugendliche. Damit Jugendliche künftig noch mehr Gehör finden, unterstützen wir die Einführung eines [Jugendparlaments](#).

Auch diese Anträge sind vorgestern im Finanzausschuss beschlossen worden, nachdem sie am 18. November im Jugendhilfeausschuss zur Beratung vorgelegen hatten.

Förderung von Integration und Stärkung demokratischer Werte

Integration bleibt eine zentrale Aufgabe, gerade angesichts der anhaltenden globalen Krisen, und ist ein Prüfstein für den Zusammenhalt unserer vielfältigen Gesellschaft. Deshalb setzen wir mit unseren integrationspolitischen Haushaltsanträgen auf Programme und Strukturen, die eine nachhaltige Integration fördern und demokratische Werte stärken sollen.

Postings vom 18. und 14. November



Im Mittelpunkt steht dabei die Weiterentwicklung des Förderprogrammes WIR 2.0, das nicht nur Teilhabe zu ermöglichen, sondern auch dauerhafte Strukturen schaffen sollen soll. Den Fördertopf für [WIR 2.0](#) stocken wir um jährlich 100.000 Euro auf. Zugleich fördern wir gezielt Initiativen, wie die „[Clownswohnung](#)“ im Roderbruch, das speziell Familien und Kindern Unterstützung bietet.

Um Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen, unterstützen wir Projekte wie das „[A-Team](#)“ der städtischen Antidiskriminierungsstelle, das an Schulen wertvolle Präventionsarbeit leistet und sich für eine diskriminierungsfreie Umgebung einsetzt. Da Sport sich als hervorragendes Mittel erwiesen hat, um Gemeinschaftsgefühl und soziale Integration zu fördern, haben wir uns für die Etablierung eines speziellen [Sportmoduls](#) eingesetzt, das Menschen mit Migrationsbiografie Zugang zu diesen Angeboten ermöglicht.

Zur langfristigen Stärkung der Integrationsarbeit in Hannover haben die Einrichtung der neuen Stelle einer/eines städtischen [Integrationsbeauftragten](#) der Landeshauptstadt Hannover in Auftrag gegeben. Dadurch soll die strategische Steuerung und Koordination der Integrations-

arbeit verbessert und die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Migranten-Selbstorganisationen und weiteren Akteuren gestärkt werden.



Bekennnis zu Kunst und Kultur

Kultur ist ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft und trägt erheblich zur Lebensqualität in unserer Stadt bei. Mit unseren kulturpolitischen Haushaltsanträgen, die vor zwei Wochen beschlossen worden sind, wollen wir deshalb sicherstellen, dass allen Menschen unabhängig von ihrem sozialen oder wirtschaftlichen Hintergrund der Zugang zu kulturellen Angeboten ermöglicht werden kann.

Im Fokus steht dabei die Förderung kultureller Bildungsangebote sowie von Initiativen, die in den Stadtteilen vor Ort wirksam werden. Damit verbunden ist ein klares Bekenntnis für den baldigen Neubau des [Freizeitheims Döhren](#) sowie für unsere [Stadtteilkultureinrichtungen](#) und Kulturvereine. Auch fördern wir gezielt Kulturangebote für nachwachsende Generationen, darunter den [SNNTG](#) e.V. mit seinem interdisziplinären Programm aus Musik und Festival, Kunst und Soziokultur.

Posting vom 15. November

Um allen Menschen in unserer Stadt ein erinnerungskulturelles Vermittlungsangebot zu bieten, das einen Gegenwartsbezug beinhaltet, unterstützen wir das [Zeitzentrum Zivilcourage](#) dabei, künftig seine Angebote um Aspekte der Demokratiebildung sowie bei der Entwicklung von außerschulischen Lernorten zu erweitern.

Zur Unterstützung von lokalen Künstler*Innen, kulturellen Initiativen und Vereinen haben wir eine [Mikroförderung](#) für freie Kulturschaffende ins Leben gerufen. Damit sollen Projekte unterstützt werden, die das kreative Potenzial in unserer Stadt widerspiegeln und kulturelle Teilhabe ermöglichen. Ebenso wichtig ist uns die Absicherung und gerechte Bezahlung für Künstler*innen, weshalb die Verwaltung ein Beteiligungsformat mit Kulturschaffenden entwickeln soll, um einen Umgang mit den Forderungen nach einer [Basishonorierung](#) auf kommunaler Ebene zu finden.

Um die kulturelle Infrastruktur unserer Stadt zu steuern und diejenigen Institutionen zu stabilisieren, die maßgeblich zur kulturellen Identität Hannovers beitragen, unterstützen wir verschiedene dieser Einrichtungen. Darunter das [Wilhelm-Busch-Museum](#), das [Literaturbüro](#) und den [Kunstverein](#) Hannover.

10 Jahre UNESCO City of Music

Vor zehn Jahren hatte die [Bewerbung](#) Hannover, [UNESCO City of Music](#) zu werden, Erfolg: Zum 1. Dezember 2014 wurde der Titel unserer Stadt verliehen – als zweiter deutscher Stadt neben Mannheim.



Brüssel im Herbst 2024. Foto: Thomas Hermann

arbeit unser Fraktionsmitglied Maxi Carl mitwirkt. Welche Bedeutung Hannover wiederum für Europa hat, wird darin deutlich, dass unsere Stadt eine der Vizepräsidentinnen und Lead City Deutschland im Netzwerk [Mayors for Peace](#), das sich – ausgehend von unserer Partnerstadt Hiroshima – für die Abschaffung und gegen die Verbreitung von Atomwaffen einsetzt.

Die wechselseitige Bedeutung von Europäischer Union und Kommunen in Europa stand im Mittelpunkt der Reise des Internationalen Ausschusses unseres Rates vom 18. bis zum 20. November nach Brüssel. Neben Besuchen verschiedener europäischer Institutionen, wie dem Europäischen Ausschuss der Regionen, des Netzwerkes europäischer Großstädte „Eurocities“, der Europäischen Kommission und des Europaparlamentes standen Fragen der interkommunalen Zusammenarbeit in Europa und Vorhaben der EU im Mittelpunkt der Delegationsreise. Besonders intensiv wurde die Regionalpolitik der Europäischen Union, die sogenannte Kohäsionspolitik, erörtert, durch die mittels der Regionen und Kommunen die wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit innerhalb Europas gefördert wird. Auch Fragen des Klimaschutzes spielen in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle. Ein weiterer Gesprächspunkt waren die Auswirkungen der europäischen Migrations- und Asylpolitik auf die Kommunen.

Einen weiteren Schwerpunkt des Ausschussbesuches in Brüssel bildete der Austausch mit Interessenvertretungen in Brüssel, sowohl mit niedersächsischen Europaabgeordneten als auch mit den Vertretungen des Landes Niedersachsen und des Bundes bei der EU.



*Solidarität mit der Ukraine:
Die Delegation des Internationalen Ausschusses in Brüssel; in der Mitte der Ausschussvorsitzende, unser Bürgermeister Thomas Hermann.*

„Unsere Städte brauchen eine starke Stimme in Brüssel. Uns war es wichtig, vertiefte Einblicke in die Arbeit der verschiedenen EU-Institutionen zu gewinnen, insbesondere mit Blick auf die nächste EU-Förderperiode“, resümierte Thomas Hermann, Vorsitzender des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation und Bürgermeister.

AK Große Städte in Bonn

75 Jahre Grundgesetz war das Leitmotiv des Herbsttreffens, zu dem sich der Arbeitskreis Große Städte der Bundesarbeitsgemeinschaft für Sozialdemokratische Kommunalpolitik (Bundes-SGK) vor zwei Wochen in Bonn versammelte. Fand die Auftaktsitzung im Museum Koenig statt, wo vor 71 Jahren der Parlamentarische Rat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammentrat, so traf sich der Arbeitskreis am zweiten Tag im früheren Bundesratsgebäude und beschloss seine Sitzung auf dem UN-Campus, dem früheren Sitz des Deutschen Bundestages.

Das Treffen stand unter den Eindrücken des Scheiterns der Ampelkoalition in Berlin eine Woche zuvor und den Folgen für die Kommunen daraus, dass es vorerst keinen Bundeshaushalt für das kommende Jahr geben dürfte. Wie wichtig Fördermittel des Bundes gerade auch für die Großstädte sind, wurde zudem deutlich in einem Vortrag von Markus Eltgen, dem Direktor des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) über die verschiedenen Programme zur Förderung von Wohnungsbau und Stadtentwicklung.

Welche Bedeutung die Kommunen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und insbesondere für den Klimaschutz haben, unterstrichen Zita Sebesvari von der United Nations University, Silke Weinlich, die stellvertretende Direktorin des UN System Staff College, und Maryke van Staden vom Städtenetzwerk für Nachhaltigkeit ICLEI.



Mitglieder des Arbeitskreises Große Städte der Bundes-SGK in Bonn vor dem „Bundesbüdchen“, einem Traditionskiosk im früheren Bundesviertel, heute vor dem UN-Campus; links der Sprecher des AK, unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich.

© SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn.

Dem Leitmotiv entsprechend berichtete Bonns Dezernentin für Kultur und Sport, Birgit Schneider-Bönninger über „Demokratie im Dialog“, wie das Programm der Bundesstadt zur Erinnerungskultur überschrieben ist. Ähnlich Hannover befindet Bonn sich in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte auch vor 1945, wobei die NS-Vergangenheit eine ebenso große Rolle spielt wie die Verwicklungen der Stadt und ihrer Menschen in die deutsche Kolonialgeschichte.

+++ Beschlussticker +++

Einstimmig beschlossen hat die Ratsversammlung am Donnerstag vergangener Woche unseren Antrag, die [Plakatierungsfrist](#) für die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar 2025 erst nach Neujahr beginnen zu lassen. Damit soll einerseits Rücksicht auf die Weihnachtsfeiertage genommen und andererseits möglichem Vandalismus über Silvester vorgebeugt werden.

Am selben Tag hat der Verwaltungsausschuss beschlossen, ein [Verfahren](#) zur Feststellung des Sprachentwicklungsstandes bei zugewanderten Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und bei Bedarf ein Sprachlernangebot vorzuhalten, das bis zu drei Monaten dem Schulbesuch vorgeschaltet werden kann. Dieser Antrag korrespondiert mit unserem Haushaltsantrag zum Spracherwerb an Schulen. – Einstimmig beschloss der Verwaltungsausschuss den [Auftrag](#) zur Weiterentwicklung des Ernst-August-Platzes, wozu Gespräche mit der örtlichen Interessengemeinschaft und der Deutschen Bahn aufgenommen werden sollen. Ebenfalls einstimmig passierten sowohl der gemeinsame [Änderungsantrag](#) der demokratischen Fraktion zur Sanierung des Ratssaals den Verwaltungsausschuss als auch der gemeinsame [Auftrag](#) an die Verwaltung, die Einrichtung eines Ausbildungswohnheims zu prüfen.

Eine Woche zuvor hatte der Verwaltungsausschuss das rot-grüne [Vorhaben](#) gebilligt, in Hannover den neuen Rechtsrahmen im Straßenverkehrsgesetz auszuschöpfen, der die Einrichtung längerer Tempo-30-Abschnitte erlaubt. Eingeleitet werden kann nach dem einstimmigen Beschluss im Verwaltungsausschuss das Planfeststellungsverfahren zum [Umbau](#) der Brücke am Nordbahnhof und zur [Anlage](#) eines Stadtbahn-Hochbahnsteiges in deren Umfeld. Ebenfalls einstimmig stimmte der Verwaltungsausschuss der [Einleitung](#) einer Untersuchung zu, die der Sanierung des Gebietes rund um das Musik-Zentrum vorausgehen soll.

Änderung der Geschäftsverteilung

Zum Beginn dieses Monats haben sich die Zuständigkeiten in unserer Geschäftsstelle für die Ausschüsse für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten (AWL) und für Sport, Bäder und Eventmanagement geändert. Wird der Wirtschaftsausschuss, einschließlich der Betriebsausschüsse für das Hannover Congress Centrum und für die Städtischen Häfen, fortan von unserer Fraktionsreferentin Diane Schadow betreut, so hat unser Fraktionsgeschäftsführer Marc-Dietrich Ohse die Verantwortung für den Sportausschuss übernommen.

Eine Stadt für alle.

Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de

Fotos: unsplash.com/@error420; pixabay.com/clker-free-vector-images; SPD-Ratsfraktion
Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

